Lehrer klagen gegen Belastung

Erste Verhandlung Ende März. Ziel: Mehr Entlastung und ein Ausgleich der geleisteten Überstunden.

VON MANDY SARTI

HANNOVER. Zu viele Aufgaben, zu viele Überstunden, zu wenig Entlastung – für Frank Post, Leiter der Grundschule Fuhsestraße in Hannover, ist das kein Zustand. Er will, dass sich die Situation verbessert und klagt gegen die überhöhten Arbeitszeiten.

„An dem Missstand hat sich in den vergangenen Jahren nichts verändert. Das gilt nicht nur für mich, sondern für alle Lehrkräfte. Deswegen sind die Klagen wichtig für uns“, ist Post überzeugt. Denn statt 40 Wochenstunden arbeitet er als Schulleiter im Schnitt 53. Auch die anderen Lehrkräfte an seiner Schule seien deutlich überlastet. Das liege auch daran, dass immer mehr Aufgaben auf die Schulen übertragen werden. So sei er gemeinsam mit den anderen Lehrkräften dafür verantwortlich, den Masernimpfschutz der Kinder zu überprüfen, Quereinsteiger in den Berufsalltag zu integrieren, sich um die Gebäudesanierung zu kümmern, die Digitalisierung und die Sprachförderung umzusetzen – und das neben der reinen Unterrichtszeit. „Wir brauchen attraktive Arbeitsplätze und deswegen ist es so wichtig, dass uns unser Dienstherr entlastet.“ Post ist überzeugt, dass die Argumente vor Gericht Gehör finden und die Klage Erfolg haben wird.

WILL VERÄNDERUNG: Frank Post, Leiter der Grundschule Fuhsestraße, klagt vor dem Verwaltungsgericht Hannover gegen seine Arbeitsbelastung. Statt 40 Wochenstunden arbeitet er im Schnitt 53. Er fordert das Land zum Handeln auf. *Foto: Villegas*

Am 26. März wird das Verwaltungsgericht Hannover über die Klage des Schulleiters aus Hannover entscheiden. Von der Einreichung der Klage bis zur mündlichen Verhandlung dauerte es zwei Jahre. Doch er ist nicht allein. Die Bildungsgewerkschaft GEW hat zehn Klagen von Grundsschul- und drei von Gymnasiallehrkräften eingereicht.

Gewerkschaftsvorsitzende Laura Pooth begründete die Entscheidung am Dienstag in Hannover damit, dass das Land seit Jahren untätig geblieben sei. Aus einer Arbeitszeitstudie der Universität Göttingen ist hervorgegangen, dass Lehrkräfte an Gymnasien, Grund- und Gesamtschulen in Niedersachsen jedes Jahr auf 6,5 Millionen Überstunden kommen. „Das hat Kultusminister Grant Hendrik Tonne anerkannt, seitdem hat sich aber trotzdem nichts verändert“, kritisiert Pooth. Die GEW-Landesvorsitzende ist überzeugt, dass eine Strategie des Ministers dringend notwendig sei. „Die Überbelastung macht die Lehrkräfte krank und schadet der Bildung der Schüler. Deswegen brauchen meine Kollegen ein deutliches Signal.“

Ralph Heiermann ist Fachanwalt und betreut die Klagen. Er machte deutlich, worauf man abzielt: „Es muss Entlastung geschaffen und die bereits geleistete Mehrarbeit ausgeglichen werden.“ Die Erwartungshaltung ist dabei groß: Die GEW erhoffe sich von der Klage auch, dass SPD-Minister Tonne mit gutem Beispiel voranschreitet und sich für die Entlastung der Lehrkräfte stark mache.

Ein Sprecher seines Hauses betonte, dass man die Klage zur Kenntnis nehme, die Bewertung der Einzelfälle obliege den Gerichten. „Dessen unbenommen, hat das Land bereits konkrete Entlastungsmaßnahmen in Form des Elf-Punkte-Paktes umgesetzt. Die bessere Bezahlung in Bereich der Grund-, Haupt-, und Realschullehrkräfte um rund 100 Euro gilt ab den 1. August 2020. Zudem werden weitere Schritte erarbeitet.“

Für Julia Willie Hamburg (Grüne) steht indes fest, dass diese Pläne nicht wirksam seien: „Die Folge ist, dass die Lehrkräfte einen Berg an Überstunden vor sich herschieben, die weder ausbezahlt noch durch Freizeit abgegolten werden.“

DER NORDEN

13-Jähriger tot in Wohnung gefunden

CELLE. Ein 13 Jahre alter Junge ist tot in der Wohnung eines Bekannten in Celle entdeckt worden. Nach Polizeiangaben ist bisher völlig unklar, wie der Junge ums Leben kam. Spuren von Gewalteinwirkung gab es nicht. Nun wird auf das Ergebnis der rechtsmedizinischen Untersuchung gewartet. Der Vater des Jungen hatte seinen Sohn als vermisst gemeldet. Am Montag wurde das Kind in der Wohnung entdeckt, in der ein 18-jähriger Bekannter des Jungen gemeldet ist.

„Gorch Fock“ soll erst Ende Mai 2021 fertigwerden

BREMEN. Die langwierige Sanierung des Segelschulschiffs „Gorch Fock“ verzögert sich weiter bis Ende Mai 2021. Auf diesen neuen Abgabetermin haben sich die Deutsche Marine und die Lürssen-Werft in Bremen geeinigt, teilte die Werft mit. Zuletzt hatte die Marine mitgeteilt, das generalüberholte Segelschiff solle Ende Dezember 2020 ausgeliefert werden. Die Lürssen-Werft hatte im Herbst 2019 den Sanierungsauftrag übernommen.

Lastwagen mit Bagger auf Ladefläche bleibt hängen

WALLENHORST. Ein Lastwagen mit einem Bagger auf der Ladefläche ist in Wallenhorst im Landkreis Osnabrück an einer Brücke hängengeblieben. Der Bagger fiel herunter, der Lastwagen geriet dadurch aus dem Gleichgewicht, teilte die Polizei mit. Der 60 Jahre alte Fahrer wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Ein hinter dem Lastwagen fahrendes Auto wurde durch Fahrzeugteile beschädigt, die Fahrerin des Wagens erlitt leichte Verletzungen.

Grundschullehrerinnen scheitern an der Politik

Sie wollen mehr Geld – das aber lehnt die Koalition ab

VON SIMON POLREICH

HANNOVER. Fassen können es Caroline Bode und Annika Gold noch immer nicht. Satte 31.500 Unterschriften hatten die beiden Grundschullehrerinnen aus Garbsen gesammelt und ihr Anliegen als Petition eingereicht: Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Doch der Landtagsmehrheit reichte das außergewöhnlich hohe Quorum nicht. Weiterhin werden Grundschullehrer weniger Geld als Gymnasiallehrer bekommen und mehr Wochenstunden arbeiten. „Wir sind nicht nur enttäuscht, wir sind verärgert“, sagt Bode.

Die beiden wollen eine bessere Besoldung von Grund-, Haupt- und Realschullehrer. Sie sollen genauso viel verdienen wie Gymnasial- und Förderschullehrer, die derzeit nach A13 bezahlt werden, das sind im Monat rund 3900 bis 5000 Euro brutto. Grund-, Haupt- und Realschullehrer verdienen dagegen nach A12 – das sind jeweils etwa 450 Euro weniger im Monat.

Ihr Anliegen stellten Bode und Gold ihr im September im Petitionsausschuss des Landtags vor. Man habe die höchste Unterrichtsverpflichtung mit 28 Wochenstunden, während Gymnasiallehrer nur 23,5 Stunden unterrichten müssen. Zudem bekomme man deutlich weniger Entlastungsstunden. Die Belastungen für Lehrer sind im „Auffangbecken Grundschule“ inzwischen deutlich gestiegen – „nicht nur, weil Grundschullehrer die Hauptlast bei der Inklusion tragen“, sagt Gold.

Bei der Lehrergewerkschaft GEW traf das Anliegen der Lehrerinnen auf fruchtbaren Boden. Dort unterstützt man die Bemühungen. „Sogar Studium und Ausbildung ist inzwischen gleich lang – fünf Jahre für Bachelor und Master sowie ein Referendariat von 18 Monaten“, sagt Christian Hoffmann von der GEW.

Die Argumente mochten noch so gut sein – Niedersachsens große Koalition lehnte die Petition ab. In einer Stellungnahme verwies das Finanzministerium auch auf die „unterschiedliche außerschulische Belastung“, die je nach Schulform stark variieren. Sprich: Gymnasiallehrer arbeiten neben ihren 23,5 Wochenstunden zu Hause mehr nach als Grundschullehrer. „Die Gesamtarbeitszeit der Lehrkräfte an den einzelnen Schulformen unterscheidet sich somit nicht“, so das Ministerium.

Ein nicht unerheblicher Grund dürfte auch der finanzielle Mehraufwand gewesen sein, der mit einer Besserstellung der Grund-, Haupt- und Realschullehrer einhergehen würde: 250 Millionen Euro im Jahr.

Um den Personalmangel bei Grundschullehrern auszugleichen, werde seitens der Landesregierung derzeit geprüft, „wie die Attraktivität des Lehrerberufes durch gute Arbeitsbedingungen gesteigert werden kann“, hieß es in der Stellungnahme aus dem Finanzministerium. „Die Meinungsbildung hierzu ist noch nicht abgeschlossen.“ Eine einstufige Erhöhung des monatlichen Gehalts um 97 Euro brutto ist bereits für August geplant.

„Die grundsätzliche Ungerechtigkeit ist damit noch nicht vom Tisch“, kritisiert die GEW-Landesvorsitzende Laura Pooth. Deshalb erwägt die GEW nun auch ernsthaft gegen das Land in Sachen Besoldung zu klagen – um Gerechtigkeit für die Lehrkräfte zu bekommen.

Auch die beiden Lehrerinnen wollen sich mit dem Bonus von rund 50 Euro netto mehr im Monat nicht abspeisen lassen. „Wir werden weitermachen“, kündigen Bode und Gold an. Zunächst müssen sie aber erst mal den Schock über die Absage durch das Land verarbeiten. „Wir hatten fest daran geglaubt mit 31.500 Stimmen etwas zu bewegen“, so Bode.

Zuletzt wurden im Landtag meist Petitionen bearbeitet, die bis zu 6000 Unterzeichner hatten. „Wenn eine Petition mit so vielen Stimmen aber auch nichts bewegt – was hat man dann als Bürger überhaupt noch für Möglichkeiten?“

ENTTÄUSCHTE GESICHTER: Die Grundschullehrerinnen Caroline Bode (links) und Annika Gold hatten die Petition gestartet, die 31.500 Menschen unterstützten. Der Landtag lehnte trotzdem ab. *Foto: Behrens*

7169701_000120